



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die zweite Woche des Zollparlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

u. A. durch Büdinger, den Böhmen Feisalík und Wattenbach unwiderleglich bewiesen. Es ist wohl möglich, daß zu anderer, namentlich der lyrischen Fälschung Worte und Gedanken älterer böhmischer Kunstgedichte benutzt wurden, deren Handschrift nach der Benutzung vernichtet ward, damit zu Königinhof die Gesellschaft des verhältnißmäßig echten das völlig Erfundene sichere. Die uneheliche Weise, in welcher Bibliothekbeamte zu Prag in jenen Jahren mit ihren anvertrauten Pergamenten verfahren, legt dergleichen Annahme nahe. Es würde auch lohnen, die Blätter und Streifen der Königinhofener Handschrift einmal an die verstümmelten Pergamentlagen jener verschnittenen Handschriften zu halten. Wenn übrigens jetzt in Prag behauptet wird, daß der verstorbene Bibliothekar Hanka nicht klug genug gewesen sei, die alte Sprache nachzuahmen, so soll daran erinnert werden, daß zu seiner Zeit die literarischen Tzechen mit unbefangener Offenheit von einem Verfasser sprachen, der den Hanka zur Verbreitung seiner humoristischen Erfindungen benutzte.

Die zweite Woche des Zollparlaments.

Berlin, 12. Mai.

Der Ausgang der am 7. Mai gepflogenen Adreßdebatte hat scheinbar ihren Urhebern Unrecht gegeben. Es ist nicht durch Parlamentsbeschluß förmlich bekräftigt worden, daß das Verlangen der Nation nach voller und ganzer politischer Einheit fortbestehe; das Recht des Zollparlaments, sich in Adressen an das königliche Haupt des Zollbundes über allgemeine nationale Anliegen zu äußern, hat nicht die Sicherung eines ersten Präcedenzfalls erhalten; die Verhandlung endlich hat weder zu einer Auflösung noch auch nur zu einer Lockerung des unnatürlichen Bandes geführt, welches die preussische conservative Partei mit den preussenscheuen Particularisten Süddeutschlands augenblicklich umschlingt. Allein als Mez (mit der Mehrheit der hessischen Abgeordneten) und Bluntzschli (mit der Mehrheit der badischen) bei der nationalliberalen Partei ihren Antrag einbrachten, war dies alles eben nicht vorherzusehen. Es war auch noch nicht vorherzusehen, als die nationale Partei beschloß, auf die Sache einzugehen. Wenn nicht gerade Graf Bismarck selbst, so hatten doch die nächststehenden Gehilfen desselben auf an sie gerichtete Anfragen, ob eine Adreßverhandlung willkommen sei, keineswegs entmuthigend geantwortet. Noch aus der letzten Sitzung der Fraktionsvorstände am Mittwoch gingen die Unterhändler der conservativen Partei mit Aeußerungen weg, welche nicht

anders zu verstehen waren, als daß man aufgelegt sei, für eine motivirte Tagesordnung zu stimmen, entweder die der Freiconservativen und liberalen Baiern oder irgend eine noch einzubringende eigne. Erst am Vorabend der Debatte bestimmte ein Wink des Grafen Bismarck die preußischen Conservativen für einfache Tagesordnung zu stimmen; und da gleichzeitig auch die preußische Fortschrittspartei, wiewohl sie selbst eine motivirte Tagesordnung eingebracht hatte, zu dem nämlichen Entschluß gediehen war, d. h. in erster Linie für einfache Tagesordnung stimmte, so kam diese zur Annahme. Wäre sie verworfen worden — was ohne diese doppelte Ueberraschung und dieses combinirte Eintreffen von Unwahrscheinlichkeiten sicher gewesen wäre —, so würde es wenigstens zu einer eingehenden Debatte und folglich zu einer Aufdeckung der jetzt verkuppelten unverträglichen Gegensätze gekommen sein. Wahrscheinlich hätte man sich dann auch im Schoße derjenigen Parteien, welche mit dem Gange der nationalen Partei im wesentlichen einverstanden sind, also den beiden preußisch-conservativen Fractionen und der nationalliberalen, im Laufe der Verhandlung über einen angemessenen Beschluß, sei es eine Adresse oder eine motivirte Tagesordnung, geeinigt.

Die Fortschrittspartei hat mit ihren zwanzig Stimmen gewissermaßen dem schon über dem Abhang schwebenden Stein nur den letzten schwachen Stoß gegeben; ihre gegenwärtige Kraft und Bedeutung ist schon gering, ihre zukünftige wird bei dem Mangel jedes frischen Nachwuchses für ihre werthen Häupter gleich Null sein. Ungleich wichtiger und interessanter daher als die Untersuchung, was dieses Häuflein politischer Unzufriedenen zu seinem sonderbaren und ganz unerklärt gebliebenen Verhalten in der Abstimmung vom letzten Donnerstag bestimmt haben möge, erscheint die Frage nach den Motiven des Grafen Bismarck. Er hat offenbar Worte fallen lassen, welche den Eindruck hervorriefen konnten und vielleicht auch sollten, als habe fortglimmender Anmuth über den von den Nationalliberalen veranlaßten Beschluß des Reichstags hinsichtlich der finanziellen Verantwortlichkeit der Bundesbeamten seine Stellung zu der Adressfrage entschieden. Also eine persönliche Rache. Gleichwohl wird es gestattet sein, an der bestimmenden Kraft dieses von ihm vorgeschobenen Beweggrundes zu zweifeln. Bis zum Tage vor der Verhandlung, wie schon bemerkt, spielte dieser Groll in der Berechnung der Adresschicksale keinerlei Rolle. Allerdings scheint es eine staatsmännische Leidenschaft zu geben, die wie ein gezähmter Tiger nur losbricht, wenn ihr Herr, der politische Verstand, eine solche gelinde und jeden Augenblick zu beendigende Einschüchterung des Gegners gerade nützlich erachtet. Man kann sie im Gegensatz zu dem Zorn des Achilles, den wir bei Homer echt und unabhängig von jeder Berechnung toben sehen, den napoleonischen Zorn nennen, wie ihn Metternich und andere Zeitgenossen des ersten Napoleon empfunden haben, wenn diesen die Selbstbeherrschung nicht immer ohne Absicht verließ. Ein solcher gelegener Zorn, scheint es, ist auch derjenige des Grafen Bismarck; weit entfernt die Combinationen des Staatsmanns zu stören, unterstützt er sie vielmehr, wie eine ungerufen zu Hilfe eilende Naturgewalt. Am 7. Mai hat diese verkündigte Bosheit ihn der Nothwendigkeit überhoben, die wirklichen Gründe seiner so plötzlich entscheidenden Eingekommenheit gegen den Erlaß einer Adresse öffentlich oder selbst nur vertraulich kundzutun. Hätte er nicht umhin gekonnt, sich darüber auszulassen, wer weiß, ob er dann im Stande gewesen wäre, ihnen zu folgen? Vielleicht schien das fortwährend äußerst zarte und empfindliche Verhältnis zu Frankreich diese weitgetriebene Schonung zu erheischen, oder die hier anwesen-

den bairischen und württembergischen Minister haben etwa die Erstreckung des Adressbesschlusses mit praktischen Zugeständnissen anderer Art an Preußens nationale Politik erkauft. In diesem Fall würde man den Entschluß des Grafen Bismarck nicht edel und stark nennen, und seine Worte nicht wahrhaft, aber es wäre Logik in solchem bequemen Zorn. Sollte aber umgekehrt wirklich nur der Groll diesen unerwarteten Entschluß eingegeben haben, so müßten wir Deutsche uns gewöhnen, vom Grafen Bismarck minder hoch zu denken. Nicht allein, daß er sich dann gestattet hätte, eine wichtige nationalpolitische Frage unter Einfluß einer leidenschaftlichen Wallung gegen Personen zu bringen: er hätte dann ja auch ohne jedes andere Aequivalent als eine augenblickliche und vorübergehende persönliche Befriedigung geduldet, daß die geschworenen Gegner seiner Politik, süddeutsche und preussische Opposition gemeinschaftlich, durch einen wichtigen Präcedenzfall den Werth des Zollparlaments als eines politischen Werkzeuges merklich entkräfteten. Das aber wäre ein Fehler, auch von dem bloßen eingeschränkten Standpunkt des preussischen Ministers. Man braucht nichts anderes ins Auge zu fassen als die militärische Sicherheit Preußens künftigen Bedrohungen gegenüber vom Westen oder Süden her, um es unverantwortlich zu finden, wenn der leitende Rath der Krone ohne Noth auf die freieste Benutzung des Zollparlaments als eines politischen Hebels verzichtet hätte. So wie die Dinge nun verlaufen sind, hat die Wahrung dieses Interesses in eine gelegentliche Bemerkung des für einfache Tagesordnung sprechenden conservativen Führers, Herrn v. Blankenburg — dem überdies nur das Loos zum Worte verhalf — und in eine nachträgliche officiöse Ausführung der Provinzialcorrespondenz verlegt werden müssen. Zu einer Bekräftigung durch förmlichen Parlamentsbeschluß verhält sich dies wie ein vages mündliches Zahlungsversprechen zu einem in aller Form ausgestellten Wechsel.

Wenn das Schicksal des Mez-Bluntschli'schen Adressantrages durch plötzlichen Widerstand des Grafen Bismarck bestimmt wurde, läßt sich natürlich nicht von einem schlecht berechneten Wurse der nationalliberalen Partei sprechen. Die politische, man könnte selbst sagen die sittliche Nothwendigkeit ihres Vorgehens geht sogar aus der niederschlagenden Wirkung hervor, welche der Ausgang auf die entschieden nationalgesinnten und preußenfreundlichen Abgeordneten aus dem Süden, aus Hessen, Badener und Rheinbairern geübt hat. Diese Männer sind sich bewußt, nicht allein die wahrhaft patriotischen Elemente Süddeutschlands und die nationale Sache überhaupt, die Sache der Zukunft zu vertreten, sondern eine volle Hälfte dessen, was man heute so oft bald geistlich entstellend, bald dummgläubig unter dem Namen des „süddeutschen Volkes“ zusammenfaßt. Hätte die kurze und beschränkte Adressdebatte, zu welcher es am 7. Mai kam, nichts geleistet, als daß sie Bluntschli Gelegenheit gab, den künstlichen und falschen Begriff „süddeutsches Volk“ allen Anwesenden zu Gehör in seine Bestandtheile aufzulösen, sie wäre nicht umsonst gewesen. Eindringende Betrachtung zeigt aber nicht allein, daß Süddeutschland in vier Staaten von höchst verschiedener äußerer und innerer Lage zerfällt, sondern daß bei den Zollparlamentswahlen höchstens eine Hälfte aller süddeutschen Wähler sich unbedingt gegen weitergehende Einigung mit dem Norden hat aussprechen wollen. In Südhessen ist die Regierung zwar dagegen, die Bevölkerung aber in so überwältigender Mehrheit dafür, daß Hr. v. Dalwigk überhaupt nur in einem einzigen der sechs Wahlkreise einen Candidaten seiner Farbe hat aufstellen können, und dieser Eine ist durchgefallen. In Baden ist sowohl die Regierung als die Mehrheit des Volks für den

Eintritt in den norddeutschen Bund, je früher desto lieber. In Baiern geht so weit zwar weder die Regierung noch die Mehrheit der Wähler; allein beide sind nicht abgeneigt, über den gegenwärtigen Stand der nord-süddeutschen Beziehungen einige starke Schritte hinauszuthun. Nur in Württemberg ist sowohl das Volk wie die Regierung, ersteres mit einer Dreiviertel- oder Vierfünftelmehrheit, gegen alle weitere Annäherung, außer auf dem einen Vertragswege, der selbstverständlich auch für die anderen Nachbarn, Oestreich, Frankreich und die Schweiz, offensteht. Es ist folglich keineswegs ein entsprechender Ausdruck der thatsächlich bestehenden Stärkeverhältnisse, wenn im Augenblick eine ausgeprägte Mehrheit der süddeutschen Abgeordneten jeder innigeren Verbindung feindlich gegenübersteht, sondern lediglich eine Folge der zufälligen Gruppierung in den Wahlbezirken, wie schon daraus hervorgeht, daß die 45,000 Wähler von der „deutschen Partei“ in Württemberg völlig unvertreten geblieben sind. Diejenigen süddeutschen Parlamentsmitgliedern, welche ihren Wählern ausdrücklich oder stillschweigend haben versprochen müssen, etwas für die Fortbildung der nationalen Institutionen schon in dieser Session zu thun, können dafür das moralische Mandat Süddeutschlands als einer Gesamtheit mit kaum geringerem Rechte aufweisen, als die Gegner für die Abweisung aller derartigen Versuche und die Innehaltung der engsten Kompetenzgrenzen. Gleichwohl erheischt das legale Mandat, das der letzteren Richtung die Mehrheit gibt, eine gewisse augenblickliche Anerkennung. Auch ohne zuzugeben, daß eine zufällige süddeutsche Mehrheit allein über die weitere nationale Entwicklung zu verfügen habe, daß die Nation in zwei scharfgeschiedene Theile zerfalle, eine südliche und eine nördliche, wird man doch geneigt sein, zuzugestehen, daß, so lange nicht Gefahr im Verzuge ist, die Initiative zu strafferem Zusammenschluß am süglichsten von den desselben noch entbehrenden losen Gliedern ausgehe, und also warten, was von jenseits des Rhains bestimmtes beantragt wird. Die Mehrtheil Adresse — um darauf zurückzukommen — schloß keinen bestimmten Antrag auf weitergehende Einigung ein; sie begnügt sich, das alte und unveräußerliche nationale Programm ausdrücklich aufrecht zu erhalten und durch Erneuerung vor dem Scheitern der Verjährung zu bewahren. Concrete Forderungen zu stellen, behält sie stillschweigends und naturgemäß dem Schlusse der Session vor. Ob nun nach dem Ausgang der Adreßberathung noch solche concrete Forderungen, sei es in der Form von Kompetenzerweiterungen für die Organe des Zollbundes, etwa in der Form von Einzelanschlüssen an die Organe des norddeutschen Bundes, für bestimmte Gesetzgebungs- und Verwaltungsgebiete zum Ausdruck gelangen werden, steht dahin. Den freudigen Eifer, für solche Fortschritte der vaterländischen Einheitsarbeit thätig zu sein, hat Graf Bismarck mit seinem Einfluß auf die Adreßdebatte jedenfalls auch denen gelähmt, welche nicht Antheil haben an dem ihm so ärgerlichen Beschlusse des Reichstags vom 22. April. Die Entmuthigung der süddeutschen Vaterlandsfreunde, die zur fixen Idee gesteigerte Scheu der anderen vor Kompetenzerweiterungen wird vielleicht sogar einen sachlich so gebotenen und politisch so durchaus unverfänglichen Beschluß verhindern wie den, den Zollbundsorganen die Herstellung der Münzeinheit in Deutschland anzuvertrauen. Alle unmittelbare politische Kunst der Session würde sich dann darauf beschränken, daß zur Bildung durchgehender nationaler Gesamtparteien ein Anfang gemacht ist. Die Nationalliberalen haben gestern ihre leitenden Köpfe mit der Feststellung der praktischen Fundamente für einen solchen allerdings höchst wünschenswerthen und wichtigen Bau beauftragt.

Von den wirthschaftlichen und finanziellen Früchten, deren Zeitigung die vertragsmäßige eigentliche Aufgabe dieser Session war, liegt die erste nunmehr vor. Der Handelsvertrag mit Oestreich ist gestern genehmigt worden. Gegen ihn stimmten siebzehn Württemberger und Baiern vom äußersten preußenfeindlichen Flügel, die die Opposition so weit zu treiben gesonnen sind, daß sie selbst dann eine Vorlage der von Preußen geführten Regierungen verwerfen, wenn dieselbe Oestreich in engere Beziehungen zu ihrem theuren Oestreich zu setzen verspricht. Denn daß es bloß die befürchtete Gefährdung der Leinenspinnerei gewesen wäre, was die Herren Mohl, Sepp und Genossen vermocht hätte, gegen den Vertrag zu stimmen, glaubt Niemand trotz des schutzzöllnerischen Fanatismus einiger unter ihnen. Die den Bedenken gegen eine Herabsetzung des Leinengarnzolls von 60 auf 15 Groschen am gründlichsten nachgegangen waren und am meisten sachliches Gewicht beilegten, wie die Abgeordneten Feustel und Miquel, zogen daraus nicht die Consequenz, daß ein im übrigen so willkommener Vertrag deshalb abgelehnt werden müsse; das thaten nur die, welche Preußen gern auch mit dem Vorwurf beladen sähen, nicht einmal auf dem Felde des volkwirthschaftlichen Verkehrs bessere Beziehungen mit dem Lande gewinnen zu können, dessen staatsrechtliche Ablösung von Deutschland sie zu ihrem größten Kummer dem leitenden Einfluß Preußens unabwendbar preisgegeben hat.

Nach einigen vorausgegangenen, mehr oberflächlichen Reibungen zwischen der Freihandels- und der Zollschutz-Partei führte die Verathung des deutsch-oestreichischen Handelsvertrags denn auch zu einer ersten ernstlichen Messung dieser Gegensätze. Der Abg. Moriz Mohl kramte am Sonnabend die längst widerlegten Sophismen der alten List'schen Lehre mit einer Naivetät aus, welche bei jedem andern Sterblichen als ihm, den schlechterdings nichts belehrt, der seinen Jugenddirrthümern denselben Cultus widmet, wie wir Uebrigen unserer erste Liebe, die höchste Verwunderung erregt haben würde. Charakteristischerweise überließen die folgenden norddeutschen Redner das Geschäft, die parlamentarische Verwendung dieser veralteten Trugschlüsse zurückzuweisen, dem freihändlerisch gesinnten Landsmanne Mohls, Prof. Schäffle aus Tübingen. Dieser entschiedene Gegner Preußens und Norddeutschlands mußte in dem Augenblicke ohne Zweifel empfinden, daß das Ausgehen in einem größeren Ganzen doch nicht lediglich Opfer und Entäußerung sei. In Württemberg, der Heimath Friedrich List's, dem Asyl aller überlebten Parteistandpunkte, herrscht die Theorie von der Gemeinnützigkeit und Gerechtigkeit der Schutzzölle noch in einer für einen Lehrer der Wirthschaftswissenschaft ausnehmend unbequemen Souveränität. In Stuttgart führt Herr Moriz Mohl das große Wort, wenn es dem Freihandel eins anzuhängen gilt, und Herr Professor Schäffle steht sich auf schüchterne, aber von vornherein ziemlich hoffnungslose Vertheidigungsversuche beschränkt. Nur die verheimte „deutsche Partei“ unterstützt ihn dort durchgehends in seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung. Es muß aber doch seine Annehmlichkeiten haben, sich auch einmal in dieser Beziehung des Beifalls einer ausgemachten Mehrheit versichert zu wissen; und das leistete ihm am 9. März die Rednerbühne in Berlin, die niemals betreten zu müssen er und seine gleichgesinnten Landsleute so brünstig wünschten, die weil die Entscheidung noch ausstand.

Einen gemäßigteren Standpunkt als Mohl nahm in der Vertretung der industriellen Interessen der Abg. Miquel ein. Er hatte eine „volkwirthschaftliche freie Vereinigung“ als Gegenclub gegen die „freihändlerische freie Vereinigung“ ins Leben gerufen, und trat auch im vollen Parlament als

hauptsächlichlicher Sprecher für die nach billiger Rücksicht verlangenden bisher geschützten Industrien auf. Seine erste große Rede suchte theils nachzuweisen, daß die Freihandelslehre als solche in diesen Verhandlungen keinen Anspruch auf besondere Beachtung habe, theils schlug sie in einen allgemeinen Angriff auf die preussische Handelspolitik der letzten Jahre aus. Nicht nur bedrohte Fabrikanten sowohl im Saale als auf der Tribune — wo ihrer viele zugegen waren, — auch die zahlreiche Schaar jener Volksvertreter, welche sich ihrer volkswirthschaftlichen Unschuld bewußt sind; konnten es nicht anders als als gern vernehmen, daß die Tariffragen rein concret und individuell, je nach dem Stande der davon betroffenen Gewerbszweige, behandelt werden mußten. Damit ist man ja im Grunde jedes allgemeineren Studiums überhoben. Man liest oder hört, was Einem im gegebenen Fall die Einen für, die Anderen gegen eine beabsichtigte Zollmaßregel zu sagen haben, und entscheidet danach aus dem Stegreif. Allein so bequem darf das nationale Parlament sich seine Aufgabe denn doch nicht zurechtlegen; das wäre ja ähnlich, als wenn Jemand auch die politischen Parteien in Verruf erklärte, weil sie allerdings davon ausgehen, daß der Einzelne sein Verhalten von Tag zu Tag unter die Herrschaft gewisser politischer Grundanschauungen stellen werde. Ganz gleicherweise muß ein Gesetzgeber, in dessen Bereich der Zolltarif fällt, sich über die Grenzen und die Wirkungen der die Zölle auferlegenden staatlichen Gewalt im allgemeinen klar sein. Er muß eine feste Ansicht darüber haben oder gewinnen, ob der Staat erstens für berechtigt gehalten werden könne, das zollbezahlende Publicum zur Schaffung bestimmter Industrien anzuhalten, und zweitens ob und inwiefern bei solchen Schöpfungen ein Ergebnis überwiegenden Nutzens für die Gesamtheit herauskomme. Nur im Lichte einer solchen allgemeinen Auffassung der Frage können die einzelnen Probleme vernünftig entschieden werden. Man muß den zum Ziele führenden erschöpfenden Gedankenprozeß ein für allemal durchgemacht haben, sonst taucht er bei jeder Einzelentscheidung wie ein störendes dunkles X wieder auf, und vage Neigungen, Abstimmungen nach zufällig sich vordrängenden Autoritäten treten an die Stelle eines klaren selbstständigen Urtheils. Ohne die sichere Ueberzeugung von der Alleinheiligkeit des Freihandels kann man sich dem Gange der europäischen Handelspolitik, wie er seit einem Jahrzehnt stetig vorwärts rückt, nicht mit vollem Vertrauen anschließen. Daher auch der Angriff des Abg. Miquel auf das ganze System, den Präsident Delbrück zurückzuweisen hatte und mit der offenbaren Zustimmung der Mehrheit zurückwies; daher seine Warnung vor einer durchgreifenden Tarifreduction. Eine ganz andere, hiermit nicht zu vermischende Frage ist die nach dem Maße, dem Umfang und dem Zeitpunkt der Aufhebung bestehenden Zollschutzes, welche der genannte Abgeordnete im Interesse seines Standpunktes freilich mit jener Hauptfrage zusammenwarf. Man kann ohne Zweifel ein sehr resoluter Freihändler und doch zur äußersten Schonung einmal vom Staate auferzogener künstlicher Geschäftszweige aufgelegt sein. Das Eine ist eine Frage der volkswirthschaftlichen Ueberzeugung, das Andere eine Frage des politischen Tactes oder Temperaments. In dieser Beziehung braucht jedoch Niemand gegenwärtig eine Ueberstürzung zu besorgen. In den Beratungen des vielköpfigen Bundesraths liegt schon ein nicht geringes Bleigewicht für jede Reform; und das Parlament seinerseits gewährt den sich bedroht erachtenden Interessen Fläche genug, um sich mit allem ihnen innewohnenden Nachdruck Gehör und Beachtung zu verschaffen. Dies ist im Gegensatz zu

der ehemaligen Generalzollconferenz die vorzüglichste Bürgschaft, welche das Parlament dafür gewährt, daß so leicht keinem größeren volkswirtschaftlichen Interesse Unrecht geschehen werde, trotz des von ihm zu erwartenden viel rascheren Fortschritts einer befreienden und vereinfachenden Reform. Eine fernere, leicht übersehene Bürgschaft liegt aber eben in der gleichzeitigen Vornahme vieler Zollermäßigungen. Eine einzelne Maßregel der Art wird zwar den Consumenten, also der Masse zu Gute kommen, die Producenten aber doch vielleicht nicht ohne Gefahr für ihr Capital und ihre wirthschaftliche Existenz benachtheiligen; eine Mehrzahl solcher Maßregeln gleicht für Jeden einigermaßen vermöge seiner Consumption aus, was er in seiner Production etwa leidet.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag hat diesmal der eigentlichen, selbständigen, in ihren Entschlüssen freien Tarifierathung des Parlaments das meiste vorweggenommen. In Zukunft darf es wünschen, seine nationale Prärogative nicht mehr so beschnitten zu sehen. Die Epoche, welche fast keinen anderen Fortschritt als durch Handelsverträge, d. h. durch die handelspolitische Dictatur einer einzelnen Regierung offen ließ, ist mit der Umgestaltung des Zollvereins in einen bewegungsfähig organisirten Bund vorüber. Ehre den innerhalb derselben so erfolgreich thätig gewesenen Männern, fortan aber freien Raum für die gesetzliche Vertretung der Nation!

Literatur.

Michelangelos und Rafaels Gedichte. Von Hermann Harrys. Hannover. C. Rümpler. 1868.

Eine neue Uebersetzung der Gedichte Michelangelos bedarf keiner Rechtfertigung. Deutschland besitzt zwar eine Uebersetzung von G. Regis (Berlin 1842); aber diese ließ viel zu wünschen übrig, abgesehen davon, daß sie nur den damals bekannten, seit dem 17. Jahrhundert überlieferten Text vor sich hatte, während bekanntlich erst durch die neue von Cesare Guasti besorgte Ausgabe (Florenz 1863) aus dem gesammelten Material des handschriftlichen Nachlasses die Gedichte in ihrer ursprünglichen Gestalt bekannt gemacht und zugleich um zahlreiche neue Stücke vermehrt worden sind, die vom höchsten Interesse für die Kenntniß des äußeren und inneren Lebens des Künstlers sind und sein Bild von manchen Seiten in überraschender Weise schärfer beleuchten. Zwar hat auch Harrys offenbar eine große Zahl nach dem älteren, durch den Großneffen Michelangelos bearbeiteten Text übersezt, ohne Zweifel vor dem Bekanntwerden der neuen Ausgabe. Allein für den Uebersetzer hatte dies überall da, wo der Großneffe bloß formelle, stylistische Veränderungen vorgenommen hatte, wenig zu sagen. Wo die Abweichungen stärker sind und in den Sinn selbst eingreifen, hat Harrys stets den echten Text zu Rath gezogen und namentlich alle jetzt erst ans Licht gebrachten Stücke, die für Michelangelo besonders charakteristisch sind und z. B. seine republikanische Gesinnung schärfer hervortreten lassen, seiner Sammlung einverleibt, die überhaupt, ohne ganz so vollständig zu sein wie der Text Guastis, der alles, auch die kleinsten Fragmente und sämtliche Varianten aufnahm, doch nichts wesentliches vermissen läßt.